

DER BETRIEB

9

Seite 437 – 496
3. März 2017
70. Jahrgang



Mit Recht Innovation sichern

www.der-betrieb.de

Herausgeber: Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser • Prof. Dr. Johanna Hey •
Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff • Friedrich Merz

GASTKOMMENTAR

Johanna Hey

Abzugsfähigkeit von Managergehältern – Hände weg von wirkungsloser Symbolpolitik in Wahlkampfzeiten!

M5

BETRIEBSWIRTSCHAFT

Larsen W. Lüngen/Klaus Resing

Die Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens als Umsatzerlöse i.S.v. § 277 Abs. 1 HGB

437

STEUERRECHT

Thomas Dennisen/Kristina Frankus

Kein Untergang von § 15a EStG-Verlusten durch Vorgänge i.S.d. § 8c KStG und § 8d KStG?

443

Udo A. Delp

Investmentsteuerreform aus privater Anlegersicht

447

Abzug des Barausgleichs beim Stillhalter eines Optionsgeschäfts (*K. D. Hahne/M. Philipp*)

457

Nachträgliche Anschaffungskosten bei Finanzierungsmaßnahmen eines unternehmerisch beteiligten Aktionärs – Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG (*BFH*)

461

WIRTSCHAFTSRECHT

Markus Gehrlein

Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht (Teil 2)

472

Gesellschafterbeschluss: Anfechtungsbefugnis eines GmbH-Gesellschafters nach Kündigung (*C. Gaudig/K. Erb*)

478

Löschung einer ausländischen Gesellschaft im Gründungsstaat: Fortbestand als Restgesellschaft für in Deutschland belegen Vermögen (*BGH*)

479

ARBEITSRECHT

Frank Bayreuther

Die Formulierung von Ausschlussklauseln nach der neuen Rechtsprechung des BAG

487

Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Versetzungen (*W. Kleinebrink*)

493

Zeitgutschrift für Betriebsratstätigkeit außerhalb der Arbeitszeit (*M. Baur*)

494



BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Die Veräußerung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens als Umsatzerlöse i.S.v. § 277 Abs. 1 HGB

WP/StB Dipl.-Kfm. Larsen W. Lüngen, Köln / Dipl. Finw.

Ass. iur. Klaus Resing, Mediator(univ.), Krefeld

Der Hauptfachausschuss des IDW geht in seiner Auslegung des Umsatzerlösbegriffes gem. § 277 Abs. 1 HGB über die Auslegung in der Begründung der Neufassung der Vorschrift im BilRUG hinaus. In dem Beitrag wird erörtert, in welchen Bereichen das Spannungsverhältnis zwischen Umsatzerlösen und sonstigen Erträgen im Einklang mit den GoB aufgelöst werden kann.

DB1227456

S. 437

KURZNACHRICHTEN INTERNATIONALE RECHNUNGSLEGUNG

DB1229595

S. 441

STEUERRECHT

AUFSATZ

Gewinnermittlung/Körperschaftsteuer

Kein Untergang von § 15a EStG-Verlusten durch Vorgänge i.S.d. § 8c KStG und § 8d KStG?

RA/StB Thomas Dennisen / RA/StB Dr. Kristina Frankus, beide Köln

Bei der Übertragung von Anteilen, Mitgliedschafts-, Beteiligungs- oder Stimmrechte an einer Körperschaft i.H.v. mehr als 25% ist stets die Regelung des § 8c KStG zu beachten, nach der Verluste auf unmittelbarer oder mittelbarer Ebene unter bestimmten Bedingungen untergehen. Fraglich ist der Anwendungsbereich dieser Vorschrift. Die Finanzverwaltung vertritt in dem BMF-Schreiben betr. Verlustbeschränkungen für Körperschaften vom 04.07.2008 die Auffassung, dass die Abzugsbeschränkung des § 8c KStG auch auf § 15a EStG-Verluste einer PersGes. anwendbar sei. Der Beitrag untersucht, ob § 8c KStG – und ggf. § 8d KStG – bei Vorliegen eines schädlichen Beteiligungserwerbs auch zum Untergang von § 15a EStG-Verlusten einer PersGes. führen kann.

DB1224260

S. 443

Investmentsteuergesetz

Investmentsteuerreform aus privater Anlegersicht

StB Dipl.-Kfm. Dr. Udo A. Delp, Bergheim/Köln

Die bisherige auf dem Transparenzprinzip beruhende Besteuerung der Investmenterträge wurde durch das Gesetz zur Reform der Investmentbesteuerung neu gestaltet. Mit Beginn des Jahres 2018 findet eine Zäsur auf der Basis des sog. Trennungsprinzips statt. Die Fonds werden partiell körperschaftsteuerpflichtig und die Investmenterträge der Anleger werden nach neuen Regeln besteuert. Es wird auf die Grundstruktur der neuen Besteuerung von Investmentfonds und im Anschluss daran auf die Besteuerung der Investmenterträge der privaten Anleger eingegangen.

DB1230093

S. 447

KOMPAKT

Einkommensteuer

Einkommensteuerlicher Abzug des Barausgleichs beim Stillhalter eines Optionsgeschäfts

StB Dipl.-Vw. Klaus D. Hahne / StB Dipl.-Kfm. Dr. Moritz Philipp, beide Frankfurt/M.

DB1230160

S. 457

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Bilanzsteuerrecht

E-Bilanz: Umfang der Datenübermittlung

Landesamt für Steuern Rheinland-Pfalz, Verfügung vom 06.02.2017

DB1230510

S. 458

Bewertungsgesetz

Ermittlung des Gebäudesachwerts nach § 190 BewG

BMF, Schreiben vom 11.01.2017

DB1227255

S. 460

Abgabenordnung

Billigkeitsmaßnahmen bei von Landesbehörden verwalteten Steuern

BMF, Schreiben vom 15.02.2017

DB1229971

S. 460

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer

Nachträgliche Anschaffungskosten bei Finanzierungsmaßnahmen eines unternehmerisch beteiligten Aktionärs – Rechtslage vor Inkrafttreten des MoMiG

BFH, Urteil vom 06.12.2016 – IX R 12/15

DB1230583

S. 461

Einkommensteuer/Lohnsteuer

Aufwendungen eines Arbeitnehmers für die Feier seines Geburtstags

BFH, Urteil vom 10.11.2016 – VI R 7/16

DB1226145

S. 464

Umsatzsteuer

Unrichtiger Steuerausweis in einer Rechnung – Berichtigung durch Abgabe einer Abtretungserklärung in einer Abtretungsanzeige

BFH, Urteil vom 12.10.2016 – XI R 43/14

DB1228316

S. 466

Umsatzsteuer/Abgabenordnung

Keine Zweckbetriebseigenschaft einer Kostümparty in der Karnevalswoche

BFH, Urteil vom 30.11.2016 – V R 53/15

DB1228830

S. 469

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Insolvenzrecht

Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht (Teil 2)

Prof. Dr. Markus Gehrlein, Karlsruhe

Die Fragestellungen, die sich im Zusammenhang mit der (drohenden) Insolvenz des eigenen Unternehmens oder eines Geschäftspartners ergeben, sind vielfältig. Kann nach Insolvenzantrag der Geschäftsbetrieb fortgeführt werden und können neue Lieferungen bezahlt werden? Welches Schicksal wird gegenseitigen Verträgen zuteil? Kann die Herausgabe vermieteter oder zur Sicherheit übereigneter Gegenstände verlangt werden? Welches Risiko besteht, dass erhaltene Zahlungen infolge von Insolvenzanfechtung erstattet werden müssen? Entsprechend zahlreich sind die Entscheidungen des zuständigen IX. Zivilsenats des BGH, über die im Folgenden ein Überblick gegeben werden soll.

DB1229866

S. 472

KOMPAKT

GmbH-Recht

Gesellschafterbeschluss: Anfechtungsbefugnis eines GmbH-Gesellschafters nach Kündigung

RA Christof Gaudig / RAin Katharina Erb, beide Köln

DB1226627

S. 478

ENTSCHEIDUNGEN

Internationales Privatrecht

Löschung einer ausländischen Gesellschaft im Gründungsstaat: Fortbestand als Restgesellschaft für in Deutschland belegenes Vermögen

BGH, Beschluss vom 22.11.2016 – II ZB 19/15

DB1230373

S. 479

Personengesellschaftsrecht

Beendigung einer atypisch stillen Gesellschaft: Zur Fälligkeit des Anspruchs auf Erstattung von gewinnunabhängigen Ausschüttungen

BGH, Urteil vom 06.12.2016 – II ZR 140/15

DB1230592

S. 481

Insolvenzrecht

Wirksame Verrechnung wechselseitiger Forderungen im Kontokorrentverhältnis bei bestehender Globalzession zugunsten der Bank

BGH, Urteil vom 02.02.2017 – IX ZR 245/14

DB1230598

S. 484

Insolvenzrecht

Gesellschaftersicherheit für Anzahlungsbürgschaft einer Bank: Kein Freiwerden der Sicherheit i.d.v. § 135 Abs. 2 InsO durch Erbringen von Werkleistungen seitens der Gesellschaft

BGH, Beschluss vom 26.01.2017 – IX ZR 125/15

DB1230558

S. 486

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht/Allgemeine Geschäftsbedingungen

Die Formulierung von Ausschlussklauseln nach der neuen Rechtsprechung des BAG

Prof. Dr. Frank Bayreuther, Passau

Das Urteil des BAG vom 24.8.2016, wonach Ausschlussklauseln, die Mindestlohnansprüche des Arbeitnehmers mitumfassen, insgesamt unwirksam sind, stellt den Vertragsgestalter vor einige Herausforderungen. Der Beitrag zeigt, dass der vom BAG gewährte Vertrauensschutz sowohl in sachlicher, als auch in zeitlicher Hinsicht nur von begrenzter Reichweite ist. Weiter werden denkbare Formulierungen von Ausschlussklauseln zur Diskussion gestellt. Diese müssen im Minimum Mindestlohnansprüche aus ihrem Geltungsbereich herausnehmen, darüber hinaus möglicherweise aber auch sonstige unabdingbare Ansprüche des Arbeitnehmers.

DB1227190

S. 487

KOMPAKT

Betriebsverfassungsrecht/Verfahrensrecht

Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei Versetzungen

Prof. Dr. Wolfgang Kleinebrink, Wuppertal

DB1227460

S. 493

Betriebsverfassungsrecht

Zeitgutschrift für Betriebsratstätigkeit außerhalb der Arbeitszeit

RA Maximilian Baur, München

DB1228281

S. 494

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebliche Altersversorgung

Einstandspflicht des PSV für vor dem Sicherungsfall entstandene Ansprüche auf Kapitalleistungen

BAG, Urteil vom 20.09.2016 – 3 AZR 411/15

DB1224404

S. 495

Betriebliche Altersversorgung

Keine Verpflichtung zur Aussonderung einbehaltener Altersversorgungsbeiträge

EuGH, Urteil vom 24.11.2016 – Rs. C-454/15

DB1223828

S. 496

WEITERE INHALTE

Gastkommentar	M5	Handelsblatt Nachrichten	M9
Leitsätze	M6	Neues in der DB-Datenbank	M10
Anhängige Verfahren	M8	Nachrichten	M11

IMPRESSUM

DER BETRIEB

Wochenschrift für Betriebswirtschaft, Steuerrecht, Wirtschaftsrecht, Arbeitsrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolfgang Ballwieser
 Prof. Dr. Johanna Hey
 Prof. Dr. h.c. Rudolf Mellinghoff
 Friedrich Merz

Burghard Kreft (Vors. Richter am BAG a.D., Erfurt),
 RA/StB Prof. Dr. Heinz-Klaus Kroppen (Düsseldorf),
 WP/StB Dr. Martin Lenz (Düsseldorf),
 Prof. Dr. Ulrich Noack (Düsseldorf),
 WP/StB Prof. Dr. Ulrich Prinz (Köln),
 Prof. Dr. Rainer Schlegel (Bonn),
 Prof. Dr. Ulrich Seibert (Berlin),
 RA/FAStR Prof. Dr. Christoph H. Seibt (Hamburg),
 Prof. Dr. Lutz Strohn (Richter am BGH a.D., Karlsruhe),
 Prof. Dr. Gregor Thüsing (Bonn),
 Prof. Dr. Thomas Voelzke (Vors. Richter am BSG, Kassel),
 WP/StB Martin Wambach (Köln),
 Prof. Dr. Axel von Werder (Berlin),
 RA Dr. Hans-Ulrich Wilsing (Düsseldorf)

Fachbeirat

RA Dr. Hartwin Bungert (Düsseldorf),
 Ewald Dötsch (Koblenz),
 Dr. Detlev Fischer (Richter am BGH a.D., Karlsruhe),
 RA/FAArbR Prof. Dr. Björn Gaul (Köln),
 WP/StB Prof. Dr. Dr. h.c. Norbert Herzig (Köln),
 Prof. Dr. Rainer Hüttemann (Bonn),
 StB Prof. Dr. Wolfgang Kessler (Freiburg i. Br.),
 WP/StB Ralf Klassmann (Köln),

REDAKTION

Dipl.-Fw. Marko Wiczorek, Geschäftsführender
 Chefredakteur, eMail m.wiczorek@fachmedien.de

Ressort Betriebswirtschaft

Dipl.-Kfm./Dipl.-Vw. Sebastian Boochs,
 Fon 0211 887-1458, eMail s.boochs@fachmedien.de

Ressort Steuerrecht

Dipl.-Kff. Eva-Maria Kunze, Fon 0211 887-1475,
 eMail e.kunze@fachmedien.de;

Ass. Sixten Abeling, Fon 0211 887-1495,
 eMail s.abeling@fachmedien.de

Ressort Wirtschaftsrecht

Ass. Frauke Nitschke, Fon 0211 887-1468,
 eMail f.nitschke@fachmedien.de

Ressort Arbeitsrecht

Ass. Claus Dettki, Fon 0211 887-1456,
 eMail c.dettki@fachmedien.de

Korrektorat

Ninja Arendt, Sabine Nehrenhaus,
 Kerstin Pferdenges

Sekretariat

Sylvia Braun, Fon 0211 887-1435,
 Fax 0211 887-1450
 eMail der-betrieb@fachmedien.de

INTERNET

www.der-betrieb.de

VERLAG

Handelsblatt Fachmedien GmbH,
 Geschäftsführung: Christoph Bertling,
 Ingo Rieper
 Grafenberger Allee 293, 40237 Düsseldorf
 oder Postfach 101102, 40002 Düsseldorf

DER BETRIEB REVIEW

DER BETRIEB bietet die Möglichkeit betriebs-
 wirtschaftliche Beiträge nach internationalen
 Standards begutachten zu lassen.

Nähere Informationen finden sich unter
www.der-betrieb.de/zeitschrift/fuer-autoren/

KUNDENSERVICE

eMail kundenservice@fachmedien.de;
 Inland: Fon 0800 000-1637 (kostenfrei),
 Fax 0800 000-2959 (kostenfrei);
 Ausland: Fon +49 211 887-3670, Fax +49 211 887-3671
 Anschrift: Handelsblatt Fachmedien GmbH,
 Kundenservice, Postfach 9254, 97092 Würzburg

BEZUGSPREIS

Einzelheft 17,80 € zzgl. Versandkosten

JAHRESVORZUGSPREIS

518 € inkl. MwSt und Versandkosten.
 Ausbildungs-Abo gegen Vorlage einer gültigen Be-
 scheinigung 247 € inkl. Versandkosten und MwSt

AUSLANDSABONNEMENT

Jährlich 431,40 € zzgl. Versandkosten

MEDIASERVICE

Simone Isgen
 Fon 0211 887-1519
 eMail s.isgen@fachmedien.de

Astrid Jüngst

Fon 0211 887-1477
 eMail a.juengst@fachmedien.de
 Es gilt die Preisliste Nr. 70 vom 01.01.2017

KOMBI-MÖGLICHKEITEN

Mit der Zeitschrift Corporate Finance jährlich
 788 € inkl. Versandkosten, im Ausland 665,23 €
 zzgl. Versandkosten – mit der Monatszeitschrift
 KoR 736 € inkl. Versandkosten, im Ausland
 jährlich 618,10 € zzgl. Versandkosten – mit der
 Monatszeitschrift Der Konzern jährlich 774 € inkl.
 Versandkosten, im Ausland 652,54 € zzgl. Ver-
 sandkosten. Für EU-Länder zzgl. MwSt., Luftpost-
 gebühren auf Anfrage. Angaben zu MwSt. und
 Versandkosten im Ausland unter
www.fachmedien.de/kundenservice.

Abonnementkündigungen sind mit einer Frist
 von 21 Tagen zum Ende des berechneten Bezugs-
 jahres möglich.

DER BETRIEB wird sowohl im Print als auch auf
 elektronischem Weg (z. B. Datenbank, DVD etc.)
 vertrieben. Nachdruck und Vervielfältigung
 jeder Art sind nur mit Genehmigung des Verlags
 zulässig.

DER BETRIEB erscheint jeden Freitag,
 70. Jahrgang.

Das Abonnement beinhaltet:
 Wochenschrift DER BETRIEB und Zugriff auf die
 Online-Datenbank www.der-betrieb.de
 ISSN 0005-9935 G 01742

HERSTELLUNG

L.N. Schaffrath, 47608 Geldern